

SCHULE

Ghetto oder neue Chance



Individuelle Betreuung der SchülerInnen, ist einer der Bestandteile der Classe de transition.

(Foto: Familienhandbuch)

Für die einen sind sie Störenfriede, für die anderen Opfer: Verhaltensauffällige PrimärschülerInnen sollen künftig in einer Classe de Transition soziale Kompetenzen erlernen.

Felix* geht wieder gerne zur Schule. "Er hat keine Angst mehr", sagt seine Mutter. Zuerst hatte der Junge eine Primärschule in der Hauptstadt besucht. In seiner Klasse sei er immer wieder von Mitschülern gehänselt worden. "Das ging bis zu Prügeln. Dabei hat sich besonders einer als Rädelführer hervorgetan", erzählt die Mutter. "Er hat Felix geschlagen und ihm das Leben zur Qual gemacht. Doch nicht nur unseren Jungen hat er terrorisiert. Er hat auch ständig den Unterricht gestört." Felix' Eltern reagierten, indem sie ihren Sohn von der Schule nahmen und ihn an einer anderen anmeldeten.

"Es ist in den letzten Jahren in Luxemburg immer schlimmer geworden. Wir kommen der Vielzahl der Problemfälle nicht mehr bei. Es gibt SchülerInnen, die tyrannisieren ständig Lehrer und Mitschüler. Sie haben überhaupt keine Hemmungen", sagt Lucien Jeitz, Chargé de Mission vom städtischen Service d'enseignement. "In manchen Klassen ist es manchmal unmöglich zu unterrichten. Da fliegen Tische und Stühle." Zwar würde es dies an allen Schulen der Hauptstadt und auch in den anderen Gemeinden des Landes geben, fügt Jeitz hinzu. Die Aggressio-

nen hätten aber vor allem an zwei Primärschulen in Limpertsberg zugenommen.

Der örtliche Schulinspektor und ein Personaldelegierter schrieben daraufhin einen Brief an Erziehungsministerin Anne Brasseur. Die lud die beiden zu einem Gespräch ein. Eine Lösung habe man relativ schnell gefunden, erzählt Jeitz. Die Störenfriede, die für den Unterricht untragbar geworden sind, sollen aus ihren Klassen herausgenommen und in einer so genannten Classe de transition gesondert betreut werden. Die Stadt Luxemburg stellt dafür in Limpertsberg ein Haus zur Verfügung, eine ehemalige Schreinerei.

Ein Gremium aus Pädagogen, Psychologen und Sozialpädagogen entscheidet darüber, ob und welche verhaltensauffällige SchülerInnen in eine Transitionsklasse kommen. Dort wird dann verstärkt auf das Erlernen sozialer Verhaltensweisen und Umgangsformen Wert gelegt. In einer Werkstatt können sie manuell arbeiten. Selbst eine eigene Küche steht ihnen zur Verfügung. Nach spätestens einem Jahr sollen sie dann zurück in eine "normale" Klasse. "Wir wollen vermeiden, dass die SchülerInnen in ihre ursprüngliche Schule zurückkehren", erklärt Jeitz. "Denn in dem alten Umfeld könnten die Probleme wieder von vorne beginnen." Wichtig sei, dass die Kinder nicht ausgegrenzt werden. Die Transitionsklasse soll eine "neue Chance" sein - und kein Weg ins Ghetto.

Schwerpunkt Prävention

Ob ein Schüler in eine solche Übergangsklasse, die maximal zwölf SchülerInnen umfassen soll, geschickt wird, müssen letztendlich die Eltern entscheiden. "Wenn die kein grünes Licht geben, haben wir ein Problem", so Jeitz. Nach den Worten des hauptstädtischen Beauftragten kommen die meisten betroffenen Kinder aus zerrütteten Verhältnissen. Eine Vermutung, die Pascale Petry vom Erziehungsministerium nur teilweise teilt. Die Beauftragte des "Service de la Coordination de la Recherche et de l'Innovation pédagogiques et technologiques"

(Script) meint, es könnten genauso überbehütete oder vernachlässigte Kinder aus wohlhabenden Familien betroffen sein. Auch seien es nicht nur aggressive Kinder, sondern auch solche, "die sich aus der Klassengemeinschaft zurückziehen".

Die Transitionsklasse ist nur ein Teil eines gemeinsamen Modellversuchs der Stadt Luxemburg, des Erziehungsministeriums und der Universität Bremen. Der eigentliche Schwerpunkt betrifft die Prävention im Vor- und Primärschulunterricht. "Dort sollen anhand eines speziellen Trainings die sozialen Kompetenzen der Kinder gestärkt werden", erklärt Petry, die das Projekt koordiniert. Das Ganze wird wissenschaftlich begleitet und überwacht vom Zentrum für Rehabilitationsforschung der Uni Bremen. Der Modellversuch, der bis 2007 angelegt ist und innerhalb dessen nach einem Jahr eine Zwischenbilanz gezogen werden soll, ist auf die spezifischen luxemburgischen Verhältnisse zugeschnitten. "Da ist nicht zuletzt die Mehrsprachigkeit", sagt Petry. "So werden wir zum Beispiel Informationsabende mit Eltern auf Luxemburgisch, simultan auf Französisch oder Portugiesisch durchführen."

Neu sei vor allem die "Breite des Zugangs" und die verstärkte Einbeziehung der Eltern, erklärt Franz Petermann, Leiter des Bremer Instituts. Petermann hat in Deutschland mit ähnlichen Projekten bereits Erfolge erzielt und gilt als Koryphäe auf dem Gebiet der Rehabilitationsforschung bei Kindern. Er hat ein Trainingsprogramm für aggressive Kinder entwickelt, um diese aus dem Teufelskreis der Gewalt wieder herauszuführen. Petermanns Methode verbindet unter anderem Ansätze des autogenen Trainings, des Rollenspiels und der kognitiven Verhaltenstherapie miteinander.

Das Projekt ist nach den Worten von Pascale Petry das erste dieser Art in Luxemburg, das wissenschaftlich begleitet wird. Die Schulung des Lehrpersonals läuft bereits. Über Details und vor allem über die Finanzierung laufen noch Verhandlungen. Für eine Transitionsklasse sind zum Beispiel zwei LehrerInnen und jeweils ein Heil- und Sozialpädagoge vorgesehen.

Nach Meinung von Lucien Jeitz ist es "höchste Zeit", dass etwas geschieht. "Es brennt lichterloh", sagt der Gemeindebeauftragte. "Bisher ist hier zu Lande wenig in diesem Bereich geschehen. Wenn die Kinder nicht zurechtkamen, schickte man sie häufig ins benachbarte Ausland, vor allem nach Belgien. Für ganz schwierige Fälle hat man Dreiborn", sagt Jeitz.

Ein schwieriger Fall ist auch der von Jens, den Franz Petermann in seinem Buch "Training mit aggressiven Kinder" als Beispiel nennt: Jens hat seiner Lehrerin eine Ohrfeige verpasst. Doch ein Unrechtsbewusstsein besitzt er nicht. Die Lehrerin sei eine "doofe Kuh" und eine "alte Petze", wird Jens in dem Buch zitiert. Ein klarer Fall für Petermanns Verhaltenstraining. Und das wird auch zur Luxemburger "Classe de Transition" gehören.

Stefan Kunzmann

*Name von der Redaktion geändert

Kameras statt Güterzüge

"Erste Priorität in Sachen Transportpolitik wird die Verkehrssicherheit sein", verkündete Jean-Claude Juncker am vergangenen Montag. Dabei sei die Installation von Überwachungskameras entlang der Autobahnen nur eine Maßnahme unter vielen, so der Premier. Man darf sich fragen, ob es wirklich darum geht, die Zahl der Verkehrstopfer zu senken. Indem Jean-Claude Juncker die Verkehrssicherheit zur Priorität erklärt, lenkt er ab von den Bereichen der Transportpolitik, in denen Dissens herrscht. So soll als erstes die BTB-Linie Bahnhof-Findel-Kirchberg fertig gestellt werden - "um keine Zeit zu verlieren", erläuterte der Premier. Das bedeutet: Der Forderung des LSAP-Wahlprogramms, zuerst das Stadtzentrum anzubinden, wurde nicht stattgegeben.

Was die Koalitionspartner nicht bedacht haben: Verkehrssicherheit hängt mit der Wahl der Verkehrsmittel zusammen. Mehr Autos bedeuten mehr Unfälle, und im Gegenzug bedeutet jeder Prozentpunkt, den der öffentliche Verkehr beim Modal Split zulegt, auch weniger Verkehrstote. Ein schneller Ausbau des Schienennetzes wäre also auch eine Maßnahme im Sinne der Verkehrssicherheit. Noch krasser ist das Missverhältnis zwischen Anspruch und Wirklichkeit beim Warentransport. LKW sind eine der größten Gefahrenquellen im Straßenverkehr. Eine Regierung, die wirklich Menschenleben retten wollte, müsste bestrebt sein, den Gütertransport von der Straße auf die Schiene zu holen. Statt der nationalen Eisenbahngesellschaft vorzurechnen, dass ihr Defizit beim "Fret" untragbar ist und die Gehälter der EisenbahnerInnen nicht mehr finanzierbar sind.

Auch in Zukunft wird abgeschoben

Kürzere Asylprozeduren und mehr Beamte in der betreffenden Behörde - so das Fazit der Koalitionsverhandlungen von CSV und LSAP im Bereich Asyl und Flüchtlinge. Dazu muss aber erst ein neues Gesetz geschaffen werden. Auch in Zukunft sollen Menschen aus Luxemburg abgeschoben werden. Die neue Regierung setzt deshalb auf verstärkte Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern der AsylbewerberInnen.

In besonderen Fällen sollen Flüchtlinge bleiben dürfen, zum Beispiel Familien, deren Kinder sich hier zu Lande in der Ausbildung befinden oder den Sekundarunterricht besuchen. Zudem will man die Gemeinden ansprechen, damit Auffangstrukturen für Flüchtlinge geschaffen werden können. Den AsylbewerberInnen wird, so die beiden Koalitionspartner, darüber hinaus eine psycho-soziale Betreuung zustehen.

woxx macht mobil

Was nutzt es, dass die Verkehrskommission sich die Mühe macht, eine ausführliche Broschüre über den Fahrrad-Verkehr in Luxemburg zu veröffentlichen, wenn sie anschließend nicht an die Betroffenen verschickt wird und in den Gemeinden niemand etwas davon weiß? fragte sich in der woxx Nr. 753 (erschienen am 9. Juli) der Präsident der Lëtzebuurger Velosinitiativ Gust Müller. Besagte Broschüre habe "bien connu la diffusion usuellement prévue pour ce genre de publications", schreibt der Präsident der staatlichen Verkehrskommission, Paul Schmit, diese Woche der woxx. Neben einer Pressekonferenz sei auch der Innenminister und der Syvicol gebeten worden, die 78 Seiten dicke Publikation an die Gemeinden weiterzuleiten. Da nun, dem woxx-Beitrag zufolge, diese Information den Gemeinden nicht mehr zur Verfügung stünde, kündigt Schmit eine Eigeninitiative an: Die Kommission werde via Innenministerium den Gemeinden die Existenz der Verkehrsbroschüre noch einmal ins Gedächtnis rufen. Wir danken für die erfreuliche Information.

